Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 28 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 42. Fernsprecher Nr. 58. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15803.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (56 mm breit) 4 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 1 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen ermächtigt der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 128 — Donnerstag den 2 Juni 1921. — 44. Jahrgang

Das Reichsmietengesetz.

Durch den Reichsarbeits- und den Reichsjustizminister ist soeben dem Reichstage der Entwurf eines Gesetzes über Regelung der Mietzinsbildung zugegangen. Es handelt sich hier um das sogenannte Reichsmietengesetz. Bis dieses Gesetz für das Parlament vorlagereif wurde, hat es in den beteiligten vorbereitenden Körperschaften schon den Anlaß zu recht schweren Auseinandersetzungen gegeben. Die Unstimmigkeiten sind auch heute noch nicht beseitigt. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß das Gesetz nicht verfassungsändernd sei. Die entgegengesetzte Auffassung vertritt der Reichsrat. Aber auch die Einzelheiten dieses Gesetzes sind im höchsten Grade umstritten. Man muß damit rechnen, daß die Beratung dieses Gesetzes im Reichstage infolgedessen ebenfalls zu recht heftigen Auseinandersetzungen führen wird.

Das Reichsmietengesetz, über das wir uns in diesem Rahmen vorerst nur ganz allgemein aussprechen wollen, geht von dem Grundgedanken aus, daß die völlig freie Wirtschaft auf dem Gebiete der Mietpreisbildung aus den verschiedensten Gründen nicht zugelassen werden könne. Es würde sonst dahin kommen, daß die Mietzinsen in den vor dem Kriege erbauten Häusern so lange steigen würden, bis sie sich den bei freier Preisbildung für neue Mieten angewiesenen Mietsätzen angeglichen hatten. Reich und Länder haben nun den Versuch gemacht, den Mehrwert, der bei ungeregelter Mietpreisbildung entstehen würde, der Allgemeinheit dienstbar zu machen und aus ihm die Mittel für die Wohnungsbautätigkeit zu gewinnen. Aus diesen Bestrebungen heraus kam die Reichsregierung zu der Vorlage des erwähnten Entwurfes. Man mußte beiden Seiten gerecht werden, und es ist eine unbestrittene Tatsache, daß gegenwärtig die Mieten nicht mehr dazu ausreichen, um dem Hausbesitzer bei den jetzigen hohen Löhnen und Materialkosten die Instandhaltung des Hauses zu ermöglichen. Das Wohnungsbedürfnis gehört aber nebst Nahrung und Kleidung zu dem dringendsten Faktor der gesamten Lebenshaltung. Um die Aufbringung der Mittel für die Erhebung des bestehenden Wohnraumes aufzubringen, soll nun der Entwurf beitragen. Sein Grundgedanke wird von der Reichsregierung in der Begründung wie folgt formuliert: „Mietpreissteigerungen sollen nur insoweit zugelassen werden, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig geworden sind."

Man hat daher die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens grundsätzlich aufrecht erhalten. Man hat aber doch davon abgesehen, die Schaffung der sogenannten gesetzlichen Miete grundsätzlich zwingend vorzuschreiben, d. h. zu bestimmen, daß die gesetzliche Miete ohne weiteres an die Stelle des bisher vereinbarten oder festgesetzten Mietzinses treten soll, und daß abweichende Vereinbarungen der Beteiligten keine Gültigkeit haben sollen. Es liegt zum Beispiel kein Grund vor, die Vereinbarung eines höheren Mietzinses zu verhindern, wenn der Vermieter dafür das Risiko eines Anwachsens der Betriebs- und Instandsetzungs-Kosten übernimmt. Andererseits würde es aber auch dem Gedanken des Mieter-Schutzes widersprechen, einen niedrigen Mietzins als den gesetzlichen, wie er in kleineren und mittleren Städten feststeht, nun auf den Betrag der gesetzlichen Miete hinaufgehen zu lassen.

Oberschlesien.

Der Postverkehr

mit dem Aufstandsgebiet in Oberschlesien ist, wie die Postverwaltung mitteilt, nahezu völlig unterbrochen. Zugelassen werden bis auf weiteres nur gewöhnliche Briefe, Postkarten und durch die Post bezogene Zeitungen, und zwar auf Gefahr des Absenders. Die Post ersucht, den Briefverkehr auf das allergeringste Maß einzuschränken und nur Sendungen sehr wichtigen und dringenden Inhalts aufzuliefern.

Der englische Einmarsch.

Oppeln, 2. Juni. Ein englisches Bataillon ist heute in die Stadt Großstreitz eingerückt, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Polnische Zerstörungswut.

Nach einer Blättermeldung aus Oppeln beginnen die Polen sich im Kreise Groß-Strehlitz zurückzuziehen. Sie zerstören planmäßig das von ihnen geräumte Gebiet. Der Rest des von ihnen angezündeten Schlosses Staudenhof und der zum Gute gehörenden Bäckerei sowie die Kalkwerke in Groß-Stein wurden von ihnen gesprengt. Der Koseler Oberhafen ist nach zuverlässigen Nachrichten vollständig unterminiert und soll bei weiterem Rückzug der Polen gesprengt werden.

Ein italienischer Offizier über die Franzosen.

Die „Nazione" veröffentlicht den Brief eines in Oberschlesien stehenden italienischen Offiziers, der vernichtende Anklagen gegen die Haltung der Franzosen enthält. Die Franzosen seien es, welche die Masse der polnischen Banden mit Waffen versehen, organisieren und auf Italiener und Deutsche loslassen. Italiener würden von französischer Artillerie beschossen. Französische Offiziere und Mannschaften wurden unter den polnischen Horden entdeckt. Die Polen verstümmelten sogar die gefallenen Italiener! Diebsgesindel, das überall morde und plündere, werde von den Franzosen mit Garibaldinern verglichen, die für ein Ideal kämpften! Der Verfasser teilt ferner mit, wie die polnischen Banden völlig unter französischer Leitung stehen, die ihnen sogar vor dem Angriff genaue Informationen über die Italiener gab. Der Brief schließt mit dem dringenden Wunsche, daß Italien die französische These über Oberschlesien nicht annehme. Der Berichterstatter des „Corriere della Sera" in Kattowitz, Filippo Sacchi, äußerte über die Polen ein schärftes Urteil und verspottet den Eifer Korfantys, von den deutschen Banden deutsches Geld zu beschaffen, um seine Banden zu bezahlen.

Notwehr ist kein Aufruhr.

WTB. Oppeln, 1. Juni. Der Zwölferausschuß der deutschen Parteien gab General Berond die Erklärung ab, daß die Interalliierte Kommission den deutschen Selbstschutz nicht als Insurgententruppe betrachtet.

Das Regierungsprogramm vor dem Reichstag.

Berlin, 1. Juni. Am Regierungstische sind neben den anderen Mitgliedern des Kabinetts auch die neuen Minister Dr. Rosen und Rathenau erschienen. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth: Man erwartet von der Regierung ein Programm. Ich will dieses Programm in kurzer Form fassen, in drei Worten. Diese heißen:

Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung.

(Abg. Hoffmann ruft: Annehmen!) Mit diesen Formeln wollen wir ausgerüstet werden, daß wir alle Kraft daran setzen werden, daß das deutsche Staatsschiff aus den klippenreichen Wogen der Krisen und Katastrophen in das ruhige Fahrwasser der friedlichen Entwickelung gelangt. Durch Werke des Friedens und durch den Wiederaufbau nach außen und innen wollen wir zeigen, daß es uns ernst ist mit unserm Bemühen, den Verpflichtungen, die zum Verfechten nachzukommen und durch Taten und Leistungen die Freiheit des deutschen Volkes zu erkämpfen. Das Ultimatum gibt uns kurze Fristen. Einige sind schon abgelaufen. Wir haben sie eingehalten. (Bravo!) Auf finanziellem Gebiet ist die bis zum 31. Mai zu zahlende eine Milliarde Goldmark rechtzeitig geleistet worden. In der Abrüstungsfrage haben wir uns durch die Annahme des Ultimatums den Bestimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf militärischem Gebiet wie auf dem der Marine und des Luftfahrtwesens gefügt. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiete innegehalten. Die Reichsregierung ist einmütig der Ansicht, daß die Frage der Entwaffnung zu keinen weiteren Reibungen führen, geschweige denn Anlaß zu Sanktionen geben darf. Ein Gesetz, das den Bau von Flugzeugmotoren und Flugzeugen verbietet, geht in den nächsten Tagen dem Reichsrat zu. Die erforderlichen Maßnahmen zur Aenderung des Wehrgesetzes und betreffend die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät gehen in den nächsten Tagen dem Reichsrat zu. Die

Entwaffnung der Einwohnerwehren

wird von den Landesregierungen angeordnet. Die bayerische Regierung steht vor einer außerordentlich schwierigen Lage. Ich habe diese nicht verschärfen wollen, bin aber nicht untätig gewesen. Die bayerische Regierung habe gestern die bekannte Regierungserklärung abgegeben. Wenn damit die beteiligten Kreise sich zu den unabwendbar gewordenen Entschlüssen durchgerungen haben, so verdienen sie Dank. (Gelächter links.)

Ich komme nun zu den Aufgaben, die auf den wirtschaftlichen Teil des Ultimatums sich erstrecken. Wenn wir 1921 dieselbe Aussuhr haben wie 1920, haben wir über 3¼ Milliarden Goldmark zu leisten. Die starke Spannung zwischen der Kaufkraft unseres Geldes im Inlande und Auslande muß ausgenutzt werden. Wir müssen sehen, die Entschädigungssumme als jährliche Ausgaben aufzubringen. Hält man Umschau nach

neuen Steuerquellen,

dann lenkt sich zuerst der Blick auf die Kohlen. Der heutige Kohlenpreis ist bei uns noch nicht viel niedriger als der Weltmarktpreis. Es muß ein Weg gefunden werden, um eine Differenzierung zwischen Hausbrand- und Industriekohle zu gestatten. Im übrigen gilt es auch, die sonstigen Steuerquellen auszubauen. Die Besitzsteuer muß da, wo es ohne Schädigung der Wirtschaftspolitik durchgeführt werden kann, ausgebaut werden. Ich denke dabei an den Ausbau der Körperschaftssteuer und einen stärkeren Ausbau der Börsensteuer. Mehrere Gesetzentwürfe sind in Vorbereitung. Dabei spielt das Branntweinmonopol, die Biersteuer, die Beseitigung der bei der Tabaksteuer bestehenden Begünstigungen eine Rolle, ferner die Erhöhung der Zuckersteuer einschließlich der Süßstoffsteuer, wobei die Frage eines Raffinerie-Monopols entschieden werden wird. Bei den indirekten Steuern muß ein großes Gewicht darauf gelegt sein, daß die Steuern ohne Steigerung des Verbraucherpreises erhoben werden. (Zuruf: Miet' Lachen.) Die Erträgnisse des Grund und Bodens sind in eine andere Form zu gießen. Auch hier liegt noch manche Steuerquelle für die Länder vor. Außer der unvermeidlichen Belastung der Verbraucher müssen weitere Einnahmequellen gesucht werden. Es muß verhindert werden, daß sich zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern noch

Reparationsgewinnler

gesellen. (Sehr richtig!) Sodann müssen die Zuschüsse zur Unterstützung der volkswirtschaftlichen und Verkehrsverwaltungen möglichst verschwinden. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik muß auf größtmögliche landwirtschaftliche Produktionssteigerung eingestellt werden. Dazu kommt der Ausbau der Kanäle. Das Siedlungswesen muß gefördert werden. Unsere gesamte Industrie muß auf Höchstleistung nach Quantität und Qualität eingestellt werden. Normalisierung und Typisierung werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Parole heißt: Agrarstaat und Industriestaat.

Oberschlesien.

Die ehrliche oberschlesische Bevölkerung hat zur Selbsthilfe greifen müssen, um Haus und Hof, Weib und Kind zu schützen. Infolgedessen haben sich in Oberschlesien Selbstschutzformationen gebildet. Die Abstimmung hat uns eine Mehrheit von einer Viertelmillion Stimmen gebracht. Selbst von den Fremden der Polen ist die Unfähigkeit Polens, ein so hoch entwickeltes und so kompliziertes Wirtschaftsgebilde zu verwalten, zugegeben worden. Die Regierung hat ihrerseits ihre Haltung durch die Notwendigkeit bestimmen lassen, alles hintanzustellen, was unserm Gegnern Gelegenheit geben würde, unser Recht zu verdunkeln und das eigene Unrecht zu beschönigen. Die Regierung hat die deutsche Grenze nach Oberschlesien gesperrt. Wir verlangen, daß dieses alte deutsche Land bei dem verbleibt, der durch Geschichte, Leistungen und Recht vollen Anspruch darauf hat. (Sehr wahr!)

Es ist das Ziel aller wahren Patrioten, endlich eine Regierung zu bekommen, die auf eine breite parlamentarische Mehrheit gestützt ist. Diese wird nur gefunden durch eine Politik, die die innere Politik nicht mit der äußeren Politik aufs engste verknüpft. Unruhen gegenüber wird die Regierung sich so lange der Mittel bedienen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind. Das deutsche Volk hat durch die Annahme des Ultimatums ungeheure Lasten auf sich genommen. Wir erwarten, daß die Alliierten in ritterlicher Weise dem deutschen Volke, das Unmögliches geleistet hat, gerechte Freiheit geben werden, damit es die Schwierigkeiten beseitigen kann, die allen Leistungen entgegenstehen. (Beifall. Rufe bei den Kommunisten: Amnestie! Amnestie! Große Unruhe. Demonstrativer Beifall bei den Regierungsparteien.)

Preußischer Landtag.

Berlin, 1. Juni. Die Besprechung der Anfrage über das Kommunalabgabengesetz wird fortgesetzt.

Abg. Heil (Dem.) erkennt die Forderung des Kommunalabgabengesetzes an und ist mit der Ueberweisung des Zentrumsantrages über die Realsteuern einverstanden.

Abg. Leid (Unabh.) bekämpft den Antrag, der lediglich die Besitzenden von den Realsteuern entlastet und den Steuerdruck ausschließlich auf die Minderbemittelten legen will.

Abg. Bredt (Wirtschaftspartei) sucht die Ursachen in der allgemeinen Finanznot und in der übertriebenen Ausdehnung des Beamtenapparates.

Die Anfrage und der Zentrumsantrag zur Kommunalabgabenordnung werden dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Zur Beratung kommt ein Antrag der Deutschnationalen auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, mit dem die Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbezirke in Großberlin durch Beschränkung der Zentralverwaltung herbeigeführt und eventuell auch der räumliche Umfang der Stadtgemeinde Berlin beschränkt werden soll. Von der Deutschen Volkspartei ist dazu ein Antrag gestellt worden, wonach den Bezirken alle selbständigen Angelegenheiten übertragen werden sollen, das Schulwesen mit Ausnahme der Fachschulen, das Straßenbauwesen und das Fluchtlinienwesen, und die Verwaltung der in den Bezirken gelegenen Anstalten.

Die Weiterberatung wird vertagt.

Aus dem Reiche.

Rathenaus Amtseinführung.

Walter Rathenau ist Dienstag als Wiederaufbauminister von Dr. Wirth in sein Amt eingeführt worden. In einer längeren Ansprache an die Beamten des Ministeriums wies der Reichskanzler auf die besondere Bedeutung hin, die dem Wiederaufbauministerium nach der Annahme des Ultimatums zukomme. Rathenau dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und erklärte, er sehe als Aufgabe des Wiederaufbauministeriums nicht nur den Wiederaufbau Deutschlands an, sondern auch den der verkommenen und in Zerrüttung geratenen europäischen Wirtschaftsmaschine.

Das Reichswirtschaftsministerium vollzählig.

Laut „Vorwärts" hat die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, auf den ihr als viertem im Kabinett angebotenen Ministerposten zu verzichten. Da Reichskanzler Wirth auch das Finanzministerium behält, ist die Regierungsbildung im Reiche abgeschlossen.

Silberschmidt im Wiederaufbauministerium.

Dr. Rathenau berief den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Silberschmidt vom Arbeiterverband in das Wiederaufbauministerium, für das Silberschmidt seinerzeit selber als Kandidat genannt wurde.

Ankauf von Gold durch die Reichsbank.

Die Reichsbank gibt bekannt: Durch Annahme des Ultimatums der Verbandsmächte vom 5. Mai d. J., hat das Reich schwere finanzielle Verpflichtungen übernommen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat das Reichsfinanzministerium sich entschlossen, durch Vermittlung der Reichsbank und der Reichspost Gold zu einem dem Weltmarktpreis ungefähr angepaßten Preise ankaufen zu lassen. Goldene Schmuckstücken, Gebrauchsgegenstände bleiben vom Ankauf ausgeschlossen. Für deutsche und ausländische Goldmünzen sowie für Barren erfolgt der Ankauf durch Vermittlung der Reichsbankanstalten, die bereits mit entsprechender Weisung versehen sind. In den nächsten Tagen wird der Ankauf auch von allen Postanstalten, von diesen aber nur in bezug auf deutsche Reichsgoldmünzen, aufgenommen werden. Der von der Reichsbank und Post zu zahlende Ankaufspreis ist der gleiche. Er wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises am Ende der Woche neu festgesetzt. Für die laufende Woche stellt er sich z. B. auf 260 Mark für ein Zwanzigmarkstück, auf 37 000 Mark für ein Kilogramm Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Goldmünzen werden entsprechend festgesetzt. Die Umsatz- (Luxus) Steuer kommt bei diesen Verkäufen nicht in Ansatz. Den Besitzern von Gold bietet sich hiernach Gelegenheit, es ungefähr zum Weltmarktpreise zu veräußern. Dagegen ist der anderweitige Verkauf auf Grund des Gesetzes betreffend die Verfügung über Gold vom 28. 4. 1921 ohne Zustimmung des Reichs-

wirtschaftsministers verboten und strafbar. Die Verwertung im Auslande ist durch das Goldausfuhrverbot ausgeschlossen.

Auflösung der Selbstschutz-Organisationen.

WTB. Berlin, 1. Juni. Ueber die Auflösung der Selbstschutzorganisationen ist der Interalliierten Militär-Kontrollkommission zu Händen des Generals Nollet die geforderte Liste vor Ablauf der dafür gesetzten Frist vorgelegt worden. In der Liste sind die ostpreußischen Grenzwehren, die bayrische Einwohnerwehr und die Organisation Escherich bezeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Gründe gegen die Auflösung, die von den hauptbeteiligten Landesregierungen teils aus rechtlichen, teils aus tatsächlichen Gründen geltend gemacht worden sind, den Verbandsmächten unter der Voraussetzung der Waffenabgabe zur Nachprüfung zu unterbreiten.

Reich, Bayern und die Entwaffnung.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages gab Ministerpräsident von Kahr u. a. folgende Erklärung ab:

„Die bayerische Regierung ist in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in der Erfüllung des Ultimatums in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das möglichste zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden sollen. Dagegen hat sich die bayerische Regierung nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung, daß die Einwohnerwehr nach dem Friedensvertrage nicht unter das Gesetz vom 22. März 1921 falle, aufzugeben. Wir haben die Reichsregierung gebeten, diese Auffassung den alliierten Mächten mitzuteilen. Die Reichsregierung hat sich hierzu bereit erklärt, und je nach Stellungnahme der Alliierten wird die Reichsregierung weitere Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine loyale Stellungnahme der bayerischen Regierung festgestellt ist.

Erklärung der Alliierten.

München, 2. Juni. Da der Ministerpräsident verreist ist, mußte sein Stellvertreter, der Kultusminister gestern folgende Erklärung des hiesigen englischen Botschafters Stubs entgegennehmen:

Ich bin beauftragt, kategorisch zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vermieden werden kann, wenn Bayern die im Ultimatum geforderten Bedingungen restlos erfüllt, d. h., die Einwohnerwehren nicht nur entwaffnet, sondern auch auflöst. Im Namen seiner Regierung gab der hiesige französische Gesandte Dard eine ähnliche Erklärung ab, die noch schroffer klang.

Die letzten gefangenen Deutschen.

Die Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine kleine Anfrage ergibt, daß sich in Rußland noch etwa 3600—4000 deutsche Kriegsgefangene befinden. Auf Sibirien entfallen etwa 200, die auf Heimschaffung meist verzichtet haben. Etwa 1800 sind in Kaukasien, die auf vom Völkerbund gestellten Dampfern heimbeschafft werden und bis zum Herbst sämtlich abtransportiert sein sollen. Rund 2000 sind in der Ukraine, die ebenfalls in der nächsten Zeit heimbefördert werden.

Frankreich hält in Avignon noch 130 deutsche Kriegsgefangene zurück, die Strafen zu verbüßen haben. Alle Schritte wegen Freilassung blieben bisher ergebnislos. Die französische Regierung hat lediglich die 14 bayrischen Angehörigen unter den Gefangenen entlassen.

Moskau kommandiert eine neue Aktion.

Nach der „Halleschen Allg. Ztg." hat die russische Sowjetregierung 5 Millionen Mark nach Deutschland geschickt, von welchen 1 Million Mark durch einen gewissen Hallel nach Halle überbracht wurde. Gleichzeitig erschien von Moskau an die deutschen Kommunisten eine Anweisung, alles daran zu setzen, um eine neue Aktion in Gang zu bringen. Die Kosten übernehme Rußland.

Ausland.

Oesterreich.

Regierungs-Rücktritt.

Bundeskanzler Mayr hat der Nationalversammlung die Demission des Kabinetts mitgeteilt und hinzugefügt, daß der Bundespräsident ihn mit der Fortführung der Geschäfte vorläufig betraut habe. Der Bundeskanzler wird nunmehr mit den politischen Führern der Parteien und mit den Landeshauptleuten der einzelnen Bundesvölker bezüglich der Lösung der Regierungskrise in Verhandlungen treten.

Frankreich.

Rückgang der Bevölkerung.

Die Kammer hat auf ihre Tagesordnung einen Vorschlag des Deputierten Bonnefons gesetzt, der die Regierung auffordert, die offiziellen Ergebnisse der letzten Volkszählung zu veröffentlichen. Die französische Bevölkerung ist um 1½ Millionen zurückgegangen.

Italien.

Streik der Staatsbeamten.

Nach einer Stefanimeldung sind die Staatsbeamten in den Streik getreten, da der Finanzminister eine Befriedigung der Gehaltsforderung mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen ablehnte. Die Eisenbahner und gewisse Klassen von Beamten schlossen sich dem Ausstande nicht an. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, um die Lage zu beherrschen.

England.

Diktatur der Staatsgewalt.

Die Regierung hat einen Erlaß veröffentlicht, wonach die Behörden auf Grund der Ausnahmebestimmungen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie andere Werke mit Beschlag belegen und Lebensmittelvorräte, Maschinen usw. requirieren können. Sie haben auch das Recht, den Preis für Gas, Elektrizität und Kohlen festzusetzen und den Verkauf von Brennstoffen für Motoren zu beaufsichtigen.

Rußland.

Oeffnung der Häfen.

Einer Meldung des Pariser Petit Journal zufolge hat der Rat der russischen Volkskommissare in Ausführung der Bestimmungen des englisch-russischen Handelsvertrages die nachstehenden Häfen für ausländische Schiffe geöffnet: Murmansk, Archangelsk am Weißen Meer, Odessa, Nikolajewsk, Sebastopol, Theodosia, Noworossijsk am Schwarzen Meer, Dowitschewsk und Martampol-Rostow am Asowschen Meer, sowie Kronstadt an der Ostsee.

Deutsche Feststellungen über die Schuld am Kriege.

Berlin, 1. Juni. **Der erste Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Vorgeschichte des Weltkrieges hat unter Leitung des Reichsministers des Innern Dr. Grabnauer die Untersuchung über die militärischen Rüstungen und Mobilmachungen, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, beendigt und das Ergebnis in einem zweiten Weißbuch niedergelegt, das soeben der Oeffentlichkeit vorgelegt wurde. Das Weißbuch verbreitet sich ausführlich über die militärischen Maßnahmen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns im Juli 1914 sowie über die Bedeutung der allgemeinen russischen Mobilmachung und legt dann den deutschen Operationsplan dar. Es wird festgestellt, daß das militärische**

Kräfteverhältnis 1914 sehr ungünstig für Deutschland

war, eine Tatsache, die nicht auf eine kriegerische Absicht der Mittelmächte schließen läßt. Nach den Feststellungen der Sachverständigen betrug die Zahl der militärisch ausgebildeten, im wehrfähigen Alter stehenden Mannschaften in Deutschland 7,87 Millionen, in Frankreich 4,06 Millionen und in Rußland 5,7 Millionen. Es lag eine feindliche Ueberlegenheit von 35 Prozent vor. Es wird weiter festgestellt, daß die

Mobilisierung in Deutschland zeitlich später

lag als in den Ländern der Entente. Der Unterausschuß hat nunmehr die Untersuchung der ganzen politischen Vorgeschichte des Weltkrieges begonnen. Die Untersuchung wird sich auch auf die Geschehnisse vor dem Attentat in Serajewo erstrecken.

Die Technische Nothilfe.

Nothilfearbeit im Lichte der Statistik.

In der Zeitschrift „Die Räder" veröffentlicht E. R. Hampo eine statistische Uebersicht über die Einsatztätigkeit der Technischen Nothilfe im Jahre 1920. In den allgemein interessierenden Ausführungen heißt es u. a.:

Im Jahre 1920 beträgt der durchschnittliche Einsatz während eines Vierteljahres etwa 120 Fälle. Durch den Generalstreik im März sieht das erste Viertel erheblich über dem Durchschnitt, findet aber in dem bedeutend ruhigeren folgenden Viertel seinen Ausgleich. Die Gesamtsumme der Einsätze im Jahre 1920 beträgt 710, d. h. es kommen durchschnittlich auf jeden Tag im Jahr etwa zwei Fälle, bei denen in lebenswichtigen Betrieben gestreikt und Notstandsarbeiten von den Streikenden nicht verrichtet wurden. Untersucht man nun, welche Arten von lebenswichtigen Betrieben zahlenmäßig am häufigsten stillzulegen versucht wurde, so ergibt sich, daß landwirtschaftliche Betriebe mit 142 Fällen an erster Stelle stehen, dann transportgewerbliche Unternehmen (nur Beförderung lebenswichtiger Güter) mit 126 den zweiten Platz einnehmen und weiter folgen 97 Elektrizitätswerke, 56 Wasserwerke, 55 Gaswerke usw. Dabei ist beachtenswert, daß die Streiks in der Landwirtschaft eine erst in der zweiten Hälfte vorigen Jahres rapide anschwellende Steigerung aufweisen.

Die Betrachtung aber wäre unvollkommen, wenn nicht auch die bisher verflossenen Monate des neuen Jahres gestreift würden, um aus der weiteren Entwickelung Fingerzeige für die Zukunft zu entnehmen. Da kann erfreulicherweise gesagt werden, daß sich die Einsatznotwendigkeit vermindert hat, wenn auch der April als Anfangsmonat des zweiten Viertels wieder eine stärkere Inanspruchnahme gebracht hat, die aber vorübergehender Art sein kann. Dabei ist jedoch folgende Beobachtung von besonderem Interesse: Während im Jahre 1920 diejenigen Fälle, in denen eine Alarmierung der Nothilfe genügte, um die Arbeiter selbst wieder zur Aufnahme der Notstandsarbeiten zu veranlassen, durchschnittlich 20 Prozent gegenüber den erfolgten Einsätzen betrugen, blieben schon im letzten Vierteljahr 1920 25 Prozent der Alarme ohne Einsatz, im ersten Viertel des neuen Jahres sogar 50 Prozent. Das beweist besser als viele Worte, daß einerseits Bereitsein die beste Vorbeugung ist, andererseits die Technische Nothilfe durchaus nicht verhetzend, sondern erziehend auf die Arbeiterschaft der lebenswichtigen Betriebe gewirkt hat.

Aus Stadt und Land.

Gerolzberg, 2. Juni.

— **Die Schulversäumnisstrafen werden teurer.** Die Strafen für Schulversäumnisse werden gegenwärtig durch die Bezirksregierungen heraufgesetzt, so zwar, daß die Höchstgrenze für Geldstrafen für Schulversäumnisse auf 25 Mark für jeden Tag bemessen wird.

— **Zuwachs in der Rechtsanwaltschaft.** Die Rechtsanwaltschaft erhält jetzt sehr erheblichen Zuwachs dadurch, daß sich zahlreiche ältere Richter, insbesondere Landgerichts- und Oberlandesgerichtsräte sowie Staatsanwälte der Rechtsanwaltschaft zuwenden.

— **Verbandstag der Freiwilligen Feuerwehren** in Münster i. W., 26. bis 28. August. Nach 8jähriger Pause wird in diesem Jahre der Westfälische Provinzial-Feuerwehrtag mit einem Verbandsfest wiederum verbunden werden. Die Veranstaltungen hierzu sind von der Freiwilligen Feuerwehr Münster übernommen, welche gleichzeitig ihr goldenes Jubelfest damit verbindet. Sie beginnen mit dem Kreisbrandmeistertag am 26. August. Am darauffolgenden Tage findet der eigentliche Verbandstag statt und Sonntag, 28. August, das Feuerwehrfest. Wie früher, ist auch mit dieser Tagung eine Ausstellung und Vorführung von Feuerlöschgeräten und Ausrüstungsgegenständen usw. verknüpft.

— **Die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestellten-Versicherung** sucht ein Gesetz zu sichern, daß der Reichsarbeitsminister Brauns dem soeben wieder zusammengetretenen Reichstag unterbreitet hat. Vor seinem Auseinandergehen hatte nämlich der Reichstag die Reichsregierung ersucht, alsbald einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen, der für diejenigen Personen, die Renten nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte beziehen, eine außerordentliche Beihilfe darstellt, nach Art derjenigen, wie sie durch das Gesetz für andere Sozialrenten sicher geleistet ist. Die Empfänger von Renten aus der Invaliden-Versicherung erhalten nach der bisherigen gesetzlichen Regelung Beihilfen in Höhe von 40 Mark monatlich für Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwer-Rente. Insbesondere sind die Invaliden- und Alters-Renten um monatlich 70 Mark, die Witwen- und Witwer-Renten um monatlich 55 Mark und die Waisenrenten um monatlich 30 Mark erhöht worden. Durch den vorliegenden Entwurf soll für die Empfänger von Renten aus der Angestelltenversicherung eine erweiterte Fürsorge geschaffen werden. Diese geschieht in der Form, daß für die Empfänger von Ruhegeld die Höhe der Beihilfe etwas höher bemessen worden ist, als in der Invalidenversicherung. Die Beihilfen, die nur auf Antrag gewährt werden, betragen für Empfänger von Ruhegeld monatlich 50 Mark, für Empfänger einer Witwen- oder Witwer-Rente monatlich 20 Mark. Die Belastung schätzt das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für das Jahr 1921 auf 10,3 Millionen Mark. Eine besondere Bereitstellung von Mitteln seiner Ausgaben sieht der Entwurf vor. Diese Deckung wird also erst später vorgenommen werden können.

— **Gegnerschaft gegen die Pflichtverbände der Krankenkassen** ist nur verständlich aus dem Mißtrauen gegen eine befürchtete Vereinigung der Betriebskrankenkassen mit den Ortskrankenkassen. In zahlreichen Bezirken sind solche Zweckverbände bereits freiwillig errichtet worden. In manchen Bezirken wäre die Krankenversicherung ohne solche Verbände nur mit dem doppelten und dreifachen Kostenaufwand durchführbar. In anderen Bezirken haben sich die Kassen nur zu losen Vereinigungen zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben zusammengetan. Diese Vereinigungen kranken jedoch daran, daß sie keinen sicheren Rechtsboden haben. Dem soll der Gesetzentwurf, dessen Grundlagen alle Krankenkassenhauptverbände zugestimmt haben, abhelfen. Durch den Zweckverband sollen die schwierigen Verhandlungen mit Aerzten, Zahnärzten, Apothekern und anderen Lieferanten vereinfacht werden. Die Verbände sollen auch die Krankenüberwachung nach einheitlichen Grundsätzen durchführen und, wo die Mittel dazu vorhanden sind, auch für die Unterbringung der Kranken in Genesungsheimen oder für die Errichtung eigener derartiger Anstalten, wie medizinischer

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

86) (Nachdruck verboten.)

„Und auf was hin — —?"

„Auf die Tatsache hin, daß ich genau dieselben um ihrer sonderbaren Form und ihrer kunstvollen Arbeit willen sehr auffallenden Knöpfe an dem Abendmantel des Fräuleins von Wehringen gesehen habe, als ich die Ehre hatte, ihr im „Eldorado-Theater" dies Kleidungsstück um die Schultern legen zu dürfen. Ich habe die Gewohnheit, auf Kleinigkeiten zu achten, selbst wenn sie an sich höchst bedeutungslos scheinen. Und so ist es an jenem Theaterabend meiner Aufmerksamkeit nicht entgangen, daß einer der Knöpfe an dem Mantel fehlte. Ich bemerkte es, als Fräulein von Wehringen vergebens nach ihm suchte, um den unteren Teil des Mantels zu schließen."

„Angenommen selbst, daß Sie sich darin nicht getäuscht hätten, was wäre damit gegen meine Annahme bewiesen? Es gibt ohne Zweifel hunderte solcher Knöpfe."

„Verzeihen Sie, wenn ich gezwungen bin zu widersprechen! Da mich der Fund des Herrn Martens begreiflicherweise in hohem Maße interessierte, und da ich in den Voraussetzungen, auf die sich meine Kombinationen gründen, ganz möglich sicher gehe, habe ich mich mit der bloßen Wahrscheinlichkeit nicht begnügt, sondern ich bin der Sache weiter nachgegangen und habe durch eine Mittelsperson die Kammerjungfer der Komtesse Waldendorff ausforschen lassen."

„Bei meiner Seele, Sie verstehen sich auf Ihr Handwerk, Herr Doktor Dombrowski!"

Der Pole verbeugte sich leicht.

„Dank für die freundliche Anerkennung! Ich habe also auf diesem Wege in Erfahrung gebracht, in welchem Mode-Magazin der äußerst wertvolle Abendmantel des Fräuleins von Wehringen angefertigt worden ist, und ich habe durch diskrete Nachfrage bei dieser Firma festgestellt, daß die erwähnten Knöpfe von dem Hofjuwelier Friedländer, bei dem die Komtesse selbst sie als Geschenk für ihre Freundin ausgesucht hatte, geliefert worden sind. Es verdroß mich nicht, dem genannten Juwelier einen Besuch abzustatten und ihm unter dem Vorwande, einige dieser Knöpfe kaufen zu wollen, das in meinen Händen befindliche Muster vorzulegen. Man bedauerte, meinem Wunsche nicht vor Ablauf einiger Wochen entsprechen zu können. Denn es war, wie man mir versicherte, nur ein einziges Dutzend dieser unverhältnismäßig teuren Knöpfe hergestellt worden. Die Hälfte davon hatte die Komtesse Waldendorff erhalten, während die anderen sechs einer königlichen Prinzessin geliefert worden waren. Das in der Wohnung des Otto Martens verlorene Exemplar konnte also nur von dieser Prinzessin oder von dem Mantel des Fräuleins von Wehringen stammen. Und da sich bis jetzt kein Anhalt dafür ergeben hat, daß der Verkehr des Erwordenen bis in die allerhöchsten Kreise hinaufreichte, so werden Sie am Ende begreifen, welche der beiden Möglichkeiten mich die wahrscheinlichere dünkte."

Heinz fühlte sich geschlagen. Gegen die grausame Logik dieses fürchterlichen Menschen hatte er keine Waffen mehr. Er zweifelte nicht, daß alles sich genau so verhielt, wie der Pole sagte, und er machte darum keinen Versuch, die Zeit mit zwecklosen Einwendungen zu vergeuden.

„Dieser nach Ihrer Meinung so verräterische Knopf also ist es, den Sie zum Gegenstand eines Tauschgeschäftes zu machen wünschen?"

„Pardon! Nicht der Knopf allein, sondern mit ihm zugleich auch alles andere, was ich über die Beziehungen der Damen zu Otto Martens weiß. Sie werden mir zu zugeben, daß da ein leicht zu erklärender Zusammenhang besteht. Es war der Komtesse Waldendorff und ihrer vertrauten Gesellschafterin oder Freundin ohne Zweifel bekannt, daß Martens mit der Absicht umging, seine kostbaren Dokumente ihrer Gegenpartei auszuliefern, und da sie sich nicht in der Lage befanden, diese kapitalkräftigere Gegenpartei zu überbieten, konnten sie in ratloser Verzweiflung wohl auf den Gedanken verfallen, sich der Briefe ungesehr auf dieselbe Art zu bemächtigen, in der Martens selbst in ihren Besitz gelangt war. Es ist nicht meine Sache, mir den Kopf darüber zu zerbrechen, wie Fräulein von Wehringen in die verschlossene Wohnung des Mannes gelangen konnte, sondern ich kann mich für meine weiteren Schlüsse mit dem Faktum begnügen, daß sie die Mittel und Wege dazu gefunden. Natürlich wird sie sich bei der Durchsuchung des Schreibtisches in Anbetracht der knapp bemessenen Zeit nicht erst die Bequemlichkeit gestattet haben, ihren Mantel abzuziehen, und es konnte somit leicht geschehen, daß er sich beim hastigen Schließen einer vergebens durchsuchten Schublade einklemmte und daß bei dem vielleicht etwas ungestümen Befreiungsversuch einer der Knöpfe absprang, ohne daß die Dame dessen gewahr wurde. Es bedarf keines übergroßen Scharfsinns für diese Folgerungen, und ich bin überzeugt, daß selbst der einfältigste Untersuchungsrichter bei Kenntnis aller übrigen Umstände zu genau denselben Schlüssen gelangen würde."

„Ihre Kombinationen, Herr Doktor, sind für das, was wir noch miteinander zu besprechen haben, ohne Belang. Ich wünsche von Ihnen lediglich zu erfahren, welchen Preis Sie für Ihr vermeintliches corpus delicti und für Ihre Verschwiegenheit verlangen."

„Ich würde natürlich die Auslieferung der Briefe fordern, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß diese Bedingung für die Prinzessin wie für die beiden anderen Damen unerfüllbar ist. Denn die wertvollen Papiere sind ja allem Anschein nach spurlos verschwunden. Aber sie sind doch nicht ganz unersetzlich. Und ich hege nicht den geringsten Zweifel, daß die Prinzessin Apraxin den für uns wertvollsten Teil ihres Inhalts aus dem Gedächtnis zu rekapitulieren vermag."

„Mit anderen Worten: Sie soll Ihnen die Namen der durch ihre Briefe kompromittierten Persönlichkeiten angeben?"

„Es freut mich, daß wir uns so rasch verstehen. Ja, gerade das ist es, was ich als Gegenleistung beanspruche."

Hallfelden hatte ein Wort entrüsteter Zurückweisung auf den Lippen. Aber er besann sich noch zur rechten Zeit darauf, daß er damit eine verhängnisvolle Uebereilung begehen würde. Und am Ende hatte er ja nicht einmal ein Recht, hier im Namen der Prinzessin zu sprechen. So zwang er seinen Unwillen nieder und beherrschte auch seine Gesichtszüge, von denen der Pole nicht eine Sekunde lang seinen forschenden Blick verwandte, gut in der Gewalt.

(Fortsetzung folgt.)

gäber, Jahnkliniken, Genesungsheimen usw. sorgen. Sie sollen alle Ausgaben durchführen, für die der einzelnen kleinen Kasse die Kräfte und die Mittel fehlen. Die Einrichtung von neuen Verwaltungsstellen und die Anstellung neuer Beamter ist nicht beabsichtigt. Es soll nur durch Zusammenfassung der jetzt splitterten Kräfte Einheitliches und Besseres geschaffen werden. Die Zweckverbände sollen sich über den Bezirk eines Versicherungsamts oder eines engbegrenzten Wirtschaftsgebietes erstrecken.

* **Milope**, 1. Juni. **Die Gemeindeverordnung von Oelkinghausen** beschloß: Der Schulbau zu Heide soll wieder aufgenommen und noch in diesem Jahre beendet werden, wenn der Staat den in Aussicht gestellten Zuschuß von 40 000 Mark leistet. — Von den Grundstücken am Wuppermannshof sollen den Antragstellern Gustav Wirth, Heinr. Herring, Hirma Gust. Wirth, H. Dörken die gewünschten Bauplätze verkauft werden. — Dem Landwirt Sch. soll für den Wiederaufbau seiner abgebrannten Besitzung ein Baudarlehen gewährt werden, wenn der Staat sich ebenfalls beteiligt. — Die neue Hundesteuerordnung ist vom Kreisausschuß nicht genehmigt. Gegen diesen Bescheid soll Beschwerde beim Bezirksausschuß eingelegt werden. — Der Antrag des Haus- und Grundbesitzer-Vereins auf Herabsetzung der Grund- und Gebäudesteuern für 1921 wird der Finanzkommission überwiesen. — Den vom Regierungs-Präsidenten vorgeschlagenen Verzichtleistung auf Empfängerquittungen bei der Gemeindekasse im Ueberweisungsverkehr wird zugestimmt. — Als Vertreter der Gemeinde im Ruhrverbande wird der Bürgermeister von Gevelsberg oder sein Stellvertreter gewählt. — Dem Vorschlage der Gaskommission entsprechend wird der Gaspreis vom 1. Juli 1921 ab auf 1 Mark je cbm erhöht. — Die beantragten Freistellen für die Besucher höherer Schulen in Schwelm wurden zeitweilig.

Westfalen und Rheinland.

* **Hattpe**, 2. Juni. **Wer kennt die Frau?** Hier wurde vor einigen Tagen eine geisteskranke Frau aufgegriffen, deren Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten. Die Frau ist etwa 40 bis 45 Jahre alt, etwa 1,57 Meter groß, hat blondmeliertes Haar und ist sehr schwächlich. Kleider und Körper der Kranken sind vollständig verwahrlost. Sachdienliche Meldungen, die zur Feststellung der Personalien dienen könnten, nimmt die Polizeiverwaltung entgegen.

* **Schwelm**, 1. Juni. **Gefaßter Einbrecher.** Auf dem hiesigen Berg.-Märk. Bahnhof wurde der Schlosser Franz Pedrezak aus Gelsenkirchen verhaftet, der in Gevelsberg einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt hatte.

* **Hagen**, 1. Juni. **Einäscherungen.** Im Mai fanden 10 Einäscherungen im hiesigen Krematorium statt. Davon stammten je 2 aus Hagen und Witten, je 1 aus Duisburg, Remscheid, Hoerde, Essen-Ruhr, Düsseldorf und Dortmund.

* **Schwerte**, 1. Juni. Der zweijährige Sohn des Konditors Westenberger wurde durch den Biß eines Pferdes so schwer an der Brust verletzt, daß es ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

* **Hörde**, 1. Juni. **Massenvergiftung von Hochzeitsgästen.** Bei einer Hochzeitsfeier in der Familie Fiehner zu Schüren bei Aplerbeck erkrankten dreißig Hochzeitsgäste unter Vergiftungserscheinungen. Die Ursache der Erkrankungen ist noch nicht aufgeklärt. Die anfängliche Annahme, daß Fleisch- oder Wurstvergiftung vorliege, hat sich nicht bestätigt.

* **Wert**, 1. Juni. **Friedhofsschändung.** Auf dem israelitischen Friedhofe zu Büderich wurden nachts sämtliche Grabsteine umgeworfen. Bisher ist es nicht gelungen, die Friedhofsschänder zu ermitteln.

* **Soest**, 1. Juni. Ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelschlag war von Mähnetal bedeutender Schaden angerichtet. Die Felder wurden durch den Sturzregen aufgespült und die Kartoffeln zum Teil bloßgelegt. Das Getreide ist durch Hagelschlag vielfach Schaden gelitten.

* **Kirchhellen**, 1. Juni. Die Gewitter der letzten Tage haben viel Schaden angerichtet. Das Endersche Gehöft wurde durch Blitzschlag eingeäschert. Ein junges Mädchen wurde vom Blitz getroffen und getötet.

* **Bielefeld**, 1. Juni. **Familientragödie.** Hier hat eine Frau aus Verzweiflung über die bevorstehende Trennung von ihren Kindern wegen eines Scheidungsprozesses sich selbst und die 11 und 14 Jahre alten Knaben getötet.

* **Münster i. W.**, 1. Juni. **Der Westfälische Provinziallandtag** begann gestern seine Etatsberatungen, die zum ersten Male mit langen Parteierklärungen eingeleitet wurden. Abg. Landrat Dr. Klausener (Recklinghausen), der Etatsredner der Zentrums, sprach das volle Vertrauen zum Landeshauptmann aus, befürwortete eine Vereinfachung der Verwaltung und setzte sich für eine Herabsetzung der vorgeschlagenen Provinzialsteuern von 218 auf 198 Prozent ein. Ein für das vergangene Etatsjahr noch zu erwartender Einnahmeausfall von 5 Millionen Mark müsse durch eine Anleihe gedeckt werden. Namens der Mehrheitssozialisten lehnte Abg. Mehlich (Dortmund) den Weg einer Anleihe zwecks Ausgleichs der Einnahmen und Ausgaben ab. Die Provinz müsse mit allem Nachdruck auf die Vermehrung ihrer Einnahmen bedacht sein, sie könne nur, wenn sie die Zahl ihrer Betriebe vermehre. Dringend wünschenswert sei es, daß man nicht schon an die Sozialisierung des Versicherungswesens herangegangen sei. Abg. Oberbürgermeister Dr. Stapenhorst (Bielefeld, Vgg.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die neuen Bankgeschäfte der Landesbank dahin führen werden, daß die Provinz wieder zu Ueberschüssen kommt. Der Kommunist Stolzenberg verlangt die Enteignung des bankerotten Kapitalismus u. Sozialisierung. Namens der Demokraten führte Abg. Oberbürgermeister Cuno (Hagen) die Versammlung von diesen Theorien auf das Gebiet der nackten Wirklichkeit zurück und fragte sehr richtig, was denn aus der Wirtschaft werden solle, wenn man einmal den „bankerotten Kapitalismus" enteignet habe.

* **Herford**, 1. Juni. Nach einer Zeitungsmeldung soll die hiesige reformierte Gemeinde Luxussteuer zahlen — für die kürzlich eingeweihten Gedenktafeln für die gefallenen Krieger. Von einer anderen hiesigen Gemeinde verlangt man Luxussteuer für ein zu kirchlichen Zwecken angeschafftes Harmonium.

* **Elberfeld**, 1. Juni. **Verhaftung.** Der Inhaber der Werkzeug-Exportfirma Arng u. Hammes, G. m. b. H., Kaufmann Otto Neuhaus, wurde von der Eisenbahnkriminalpolizei verhaftet. Er hat durch betrügerische Angaben bei der Reklamation verlorengegangener Güter große Unregelmäßigkeiten zum Nachteil der Eisenbahnverwaltung verübt und bereits ein teilweises Geständnis abgelegt. Da es sich um eine angesehene Firma handelt, erregt die Verhaftung hier nicht geringes Aufsehen.

* **Remscheid**, 1. Juni. Der Fabrikant Gottlieb Ernst Hasenclever stiftete für den Kampf gegen die Tuberkulose 100 000 Mark als Ergänzung zu einer schon früher der Stadt zur Verfügung gestellten Stiftung in derselben Höhe.

* **Essen**, 1. Juni. **Elektro-Ausstellung.** Aus Anlaß der 27. Jahresversammlung, die der „Verband deutscher Elektrotechniker e. V. Berlin" vom 19. Mai bis 21. Juni 1921 in Essen abhält, hat der „Elektrotechnische Verein des Rheinisch-Westfälischen Industrie-Bezirks" eine Elektro-Ausstellung über Neuerungen auf dem Gebiet der Elektrizität für Berg- und Hüttenwesen, Gewerbe, Haus- und Landwirtschaft veranstaltet. Sie ist Montag nachmittag eröffnet worden. Zweck der Ausstellung ist, unserer Industrie nach der langen Kriegs- und Revolutionszeit zum ersten Mal wieder Gelegenheit zu geben, in einer geschlossenen Ausstellung zu zeigen, was sie in den letzten Jahren an Neuerungen an Apparaten und Maschinen herausgebracht hat.

* **Gladbeck**, 1. Juni. Die Witwe des Brennereibesitzers Felten aus Dorsten, wurde, als sie in Steuerangelegenheiten auf dem hiesigen Finanzamt zu tun hatte, vom Herzschlag getroffen. Kurz nach dem Betreten des Amtszimmers sank sie tot zu Boden.

* **Bramsche**, 1. Juni. **In Baddergen** fand man beim Umgraben eines Gartens eine alte Urne mit etwa 1000 alten Münzen. Die Münzen, die mutmaßlich während des dreißigjährigen Krieges vergraben worden sind, tragen das Osnabrücker Wappen und die Jahreszahl 1622.

* **Detdesheim**, 1. Juni. Hier hat man mit dem Brechen der grünen Mandeln begonnen. Die Ernte verspricht reiche Erträge. — Aus dem Odenwald und dem Spessart werden gute Aussichten für die Heidelbeerernte gemeldet.

Gerichtssaal.

hn. **Hagen**, 2. Juni. **Der Geldbriefträger Müller**, dem seine vorgesetzte Behörde das Zeugnis eines pflichttreuen Beamten ausstellt, neigte zum Trunk und war vor Jahren schon einmal in einer Trinkerheilanstalt. Auf einem Bestellgange im Oktober geriet er in leichte Gesellschaft. Als man ihn auffand, fehlten aus der Tasche 2300 Mark. M. gibt zu, ihr 50 Mark entnommen zu haben, wo das übrige Geld geblieben ist, ließ sich nicht nachprüfen. Die Hagener Strafkammer erkannte auf drei Monate Gefängnis mit Strafaussetzung.

hn. **Lüdenscheid**, 2. Juni. Der Drahthändler Adolf Zurnieden von hier verdiente im vorigen Jahre sehr viel Geld, wollte aber noch mehr verdienen und machte gelegentlich einer Reise nach Halberstadt ein Automobilgeschäft. Er kaufte den Wagen für 42 000 Mark und verkaufte ihn nach Vornahme einiger Instandsetzungsarbeiten acht Tage später für 70 000 Mark nach Elberfeld. Sein sachverständiger Berater beim An- und Verkauf war der Fahrradhändler Linnepe, der für seine Mühewaltung eine Provision von 9000 Mark erhielt. Z. unterließ es nun, die für solche Privatkäufe vorgeschriebene Luxussteuer von 15 Prozent zu entrichten. Nachdem durch die Anzeige eines guten Freundes das Finanzamt Kenntnis von dem Kauf erhielt, bemühte es sich die Steuer nachträglich zu erhalten, und Z. hat schließlich 10 500 Mark bezahlt. Es war ihm nun wegen versuchter Steuerhinterziehung ein Strafbefehl über die doppelte Höhe der Steuersumme zugegangen, wogegen er Einspruch erhoben hat. Die Hagener Strafkammer hat diesen Einspruch nach mehrstündiger Verhandlung verworfen. Es bleibt also bei der verhängten Strafe.

* **Elberfeld**, 1. Juni. Die Strafkammer verurteilte den Schaufteller Karl S. von hier, der im Mai 1918 im Felde die Leiche eines gefallenen Kameraden ihrer Uhrketten beraubt hatte, zu sechs Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

Schwere Gewitter.

Süddeutschland wurde in der letzten Woche von außerordentlich heftigen Gewittern heimgesucht. Durch Blitzschlag wurden in Baden (Württemberg) 14 Wohnhäuser und Bauernhöfe eingeäschert, 11 Personen getötet und viele verletzt.

Fünf Kisten mit Handgranaten gestohlen.

Unweit der Kaserne der 1. Garbeulanen in Potsdam suchte vor einigen Tagen ein Mann Würmer als Angelköder. Bei dieser Gelegenheit entdeckte er eine Kiste, in der sich Eierhandgranaten befanden. Der von dem Fund verständigte Truppenteil nahm die Kiste in Gewahrsam und veranlaßte eine Nachprüfung der Bestände, bei der sich das Fehlen von vier weiteren Kisten herausstellte. Nicht weit von dem Versteck der ersten Kiste wurden dann auch die anderen fehlenden Kisten gefunden. Um festzustellen, wer die fehlenden Kisten versteckt hatte, wurde der Fundort umstellt und beobachtet. Nach Einbruch der Dunkelheit erschienen drei Männer mit Rucksäcken, die zwei Kisten entfernten und die Handgranaten in Rucksäcken verstauten. Bevor sie sich entfernen konnten, wurden sie verhaftet.

Polnische Mordbuben.

Unter dem dringenden Verdacht des Mordes an der Witwe Mill und deren Tochter Henny Mill in einem Abteil zweiter Klasse des Zuges Marienwerder—Marienburg wurde in Königsberg der polnische landwirtschaftliche Unternehmer Schippli verhaftet.

Wenn man das Lachen verliert.

Ein dreizehnjähriger Junge, der in Kansas City auf einen Baum geklettert war, um Walnüsse zu pflücken, geriet mit einer elektrischen Leitung in Berührung. Dadurch wurde er an der Wange verwundet. Seine Eltern stellten an die Power and Light Company Schadenersatzansprüche, und zwar forderten sie 20 000 Dollar. Das Gericht billigte die Forderung wegen der besonders betrüblichen Tatsache, daß der Knabe infolge der Verwundung einen Mangenmuskel verlor, so daß er nie mehr imstande sein wird zu lachen.

Ein Billard-Rekord.

Der englische Billard-Champion Tom Newman brach dieser Tage alle bisherigen Rekorde, indem er beim Spiel mit Elfenbeinkugeln 1024 Stöße in ununterbrochener Reihenfolge ausführte. Die beste Leistung in dieser Hinsicht vorher war die von Eteven mit 994 Stößen gewesen.

Der Ausschreiber von Bösingen.

Der Händler Leonhard Unseld in Böckingen bekleidete auch das Amt des Ausschreiers in Böckingen. Am Schluß der amtlichen und privaten Bekanntmachungen flocht er jeweils Witze ein, weshalb er vom Gemeinderat entlassen wurde. Seine Entlassung gab er durch die Ortsglocke bekannt und sagte den Stadtvätern Dank für die Absetzung, wobei er diese Spießbürgerlecker nannte, die keine Männer seien. Der Stadtvorstand und 15 Mitglieder des Gemeinderats reichten Beleidigungsklage ein. Das Heilbronner Schöffengericht verurteilte Unseld zu 100 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde dem Stadtvorstand das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten durch die Ortsschelle in Böcklingen bekanntgeben zu lassen.

Anschließend an die Meldung über die Verurteilung des boshaften Böckinger Ausschellers, erinnert der „Pforzheimer Anzeiger" an einen ähnlich veranlagten Nachtwächter eines schwäbischen Dorfes, der auf seinem Rundgang folgende hübsche Strophe sang:

Hört, ihr Leut', und laßt euch sagen:
Die Glock' hat Elf geschlagen.
Der Schultheiß hat ne' role Naf'
Er schaut zu viel ins Scheppenglas.
Und wenn es auf das Maul käm' an
Und wer am meisten saufen kann,
So müßt' er trotz der krummen Bein'
Schon längst der Oberamtmann sein!

Auch jener Nachtwächter ist auf seinen Gesang hin schleunigst abgesägt worden.

Till Eulenspiegel-Notgeld.

Wer hat nicht schon von dem Schalk Till Eulenspiegel gelesen, der im 14. Jahrhundert seine Mitmenschen durch allerlei dumme Streiche erheiterte und im Dom zu Mölln in Lauenburg seine Ruhestätte fand. Sein Grabstein mit eingemeißelter Eule, die in den Krallen einen Spiegel hält, wird noch heute den Besuchern als Sehenswürdigkeit gezeigt.

Es war zweifellos ein glücklicher Gedanke, das Wirken dieses Mannes auf neu herausgegebenen Notgeldscheinen festzuhalten. Ein Satz dieser Scheine, die das Herz eines jeden Sammlers erfreuen dürften, wurde uns heute überreicht. Die Scheine sind von Herrn Paul Klepsch, Mölln i. Lbg. zu beziehen.

Turnen, Sport und Spiel.

„Jahn" Hagen — T. u. Sp. V. Gevelsberg 2:2 (2:0.)

Das am Mittwoch in Hagen stattgefundene Abend-Rückspiel endete mit demselben unentschiedenen Ergebnis von 2:2 wie das kürzlich hier stattgefundene. Die hiesige Mannschaft trat mit mehreren Ersatzleuten an. „Jahn" war infolgedessen im Vorteil und führte bis 15 Minuten vor Schluß mit 2:0. Dann raffte sich Gevelsberg auf und holte die Schlußbeide Tore auf.

T. u. Sp. V. Gevelsberg (Oligareserve) — J. C. Vogelsang 1 2:2.

Das Spiel fand auf dem Platz am Rochholz statt und brachte das unentschiedene Ergebnis von 2:2.

Ein zweites Abendspiel haben wir am kommenden Samstag auf dem Sportplatz an der Hagener Straße zu erwarten. Die Ligamannschaft vom T. u. Sp. V. Gevelsberg spielt gegen die Ligamannschaft vom Allgem. T. u. Sp. V. von 1860 Hagen. 1860 stellt zurzeit eine spielstarke Mannschaft, die in letzter Zeit ganz beachtenswerte Ergebnisse erzielte, u. a. 4:1 gegen Phönix-Ludwigshafen.

Buernklaak.

Neilich kömmt Schulte-Wortelkamp ut Stiepel noh fritz Bemke in den „gälen Lüü'n".

„Sie wünschen?" frägt de Ober.

„Bringet Se mie eh de Spieskarte!" fäl de Schulte.

De Ober brengt de Karte un ut Stiepelaner gimt sick andächtig an't Studeeren.

„Segget Se eh, Här Ober," frägt he noh ne Wile, „gätt et bie den Kalwsbroom oh Brot un Botter?"

„Gewiß!" fäl de Ober.

„Un ne nette Sohße?"

„Aber selbstverständlich!"

„Se so — — wat kalt' denn dat Brot?"

„Dafür wird nichts berechnet!"

„Un de Botter?"

„Dito!"

„Un de Sohße?"

„Auch unentgeltlich, mein Herr!"

„Na," meint do de Schulte, „dann latet Se den Kalwsbroen unnerwägens un brenget Se mie man blos Brot, Botter un en Kümpken Sohße!"

Wirtschaftlicher Teil.

Der internationale Eisenmarkt.

Die Preise auf dem internationalen Eisenmarkt werden von den französischen, belgischen und luxemburgischen Werken bestimmt, da diese infolge der Billigkeit der deutschen Kohlenlieferungen die niedrigsten Selbstkosten haben. Um für ihre große Produktion Absatzmöglichkeiten zu schaffen, haben diese Werke ihre Preise schon seit längerer Zeit ganz außerordentlich stark herabgesetzt. Unter Umständen ist noch mit einer weiteren Preisermäßigung zu rechnen, da für Frankreich eine Herabsetzung der Kokspreise in Aussicht steht; diese ist jedoch in großem Umfange schon in der Festsetzung der Eisenpreise vorweg genommen worden. Die englische Eisenindustrie liegt augenblicklich ganz still. Im April wurden 60 000 Tonnen Roheisen erzeugt gegen 600 000 im Januar. Diese gewaltige Produktionsverminderung ist in erster Linie auf den Bergarbeiterstreik zurückzuführen; bemerkenswert ist jedoch, daß auch ohne Streik die Erzeugung im März bereits auf 380 000 Tonnen gesunken war. Während die englischen Hochöfen fast gänzlich stillgelegt sind, liefert Frankreich in steigendem Umfange Eisen nach England. Auch wenn nach dem Streik die englischen Hochöfen wieder angeblasen werden, ist mit einer starken französischen Konkurrenz zu rechnen, da die Franzosen, wie oben bereits erwähnt, infolge der Beihilfe der Engländer bei Durchsetzung des Spaa-Abkommens billiger liefern können.

In den Vereinigten Staaten beträgt die Erzeugung ⅓ der Friedensproduktion.

Die Hauptversammlung des Deutschen Industrie-Schutzverbandes

fand am 2. Mai in Gießar unter Vorsitz des Rechtsanwaltes Dr. Zöpfel statt. Dem Verband sind im vergangenen Jahre 1470 Industriebetriebe und 5 Arbeitgeberverbände neu als Mitglieder beigetreten. An Entschädigungen für Streiks wurden 1 552 056 Mark an die Mitglieder ausgezahlt, dem Reservefonds 200 000 Mark und dem Entschädigungsfonds wieder 205 947,98 Mark zugeführt. Die Deckungsmittel betragen ca. 15 Millionen Mark. Unter 7827 Arbeiterbewegungen, die während des 15jährigen Bestehens bearbeitet wurden, konnten 2018 im Wege friedlicher Verständigung beigelegt werden, während 4309 zum Streik führten und satzungsgemäß entschädigt wurden.

Ein eigenartiger Neubau

wurde auf der Werft Germaniawerft mit dem für Rechnung der Aktien-Gesellschaft Hugo Stinnes in Hamburg gebauten Motorfrachtschiff „Ostpreußen" (3000 Tonnen Ladefähigkeit) zu Wasser gebracht. Der Rücken des für den Osttransport gebauten Schiffes besteht aus zwei Druckkörpern von U-Bootkreuzern, die auf Grund des Friedensvertrages ihrem ursprünglichen Zweck nicht mehr zugeführt werden konnten. Der Schiffsrumpf wurde dadurch geschaffen, daß zwei solcher Körper von 8,75 Meter größten Durchmessers und 77 Meter Länge parallel miteinander verbunden und mit einem Aufbau versehen wurden.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für tätsächliche Auszahlungen		31. Mai Geld	31. Mai Brief	1. Juni Geld	1. Juni Brief
Holland	100 Gulden	2165 30	2172 20	2167 80	2172 20
Belgien	100 Frk.	519 45	520 55	527 45	528 55
Norwegen	100 Kr.	964 00	966 60	962 50	964 00
Dänemark	100 Kr.	1118 85	1116 15	1118 85	1121 15
Schweden	100 Kr.	1442 05	1444 95	1448 55	1451 45
Finnland	100 finn. M.	127 10	127 40	126 10	126 40
Italien	100 Lire	328 65	329 65	331 65	332,35
England	1 Pfd. St.	244 25	244 75	245,65	246 15
Amerika	1 Dollar	63 15	63 32	63,31	63 48
Frankreich	100 Frk.	519 45	520 55	527 95	529 05
Schweiz	100 Frk.	1093 90	1101 10	1106 35	1108 65
Spanien	100 Pes.	819 65	821 35	828 15	829 85
Oesterreich	100 Kr.	14 03	14 67	14 69	14 72

Strandbad Gevelsberg.

Wassertemperatur heute morgen 9½ Uhr: 22 Grad R.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Rudolph Maschmann, für den Anzeigen- und Reklameteil Wilh. Herkenräder, beide in Gevelsberg.

Gustav Günther
Else Günther
geb. Gewelhoff
Vermählte.

Bad Salzuflen — Gevelsberg
Juni 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgange meiner lieben unvergesslich guten Mutter, spreche ich allen meinen herzlichsten Dank aus.

Wilhelmine Becker.

Bekanntmachung.

Infolge steigender Anforderungen des Feindbundes in hochwertiger Kohle stehen zur Belieferung des Hausbrandes nur ganz geringe Mengen zur Verfügung, sodaß Wahneingänge in Ruhrkohlen ꝛc. in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sind.

Eiformbriketts p. Ztr. 25.20 frei Haus

sind jedoch jetzt noch zu beschaffen. Die vielfach verbreitete Ansicht, die Kohlen würden zum Herbst billiger, ist irrig, vielmehr ist eine weitere Steigerung der Preise zu erwarten und es kann nur dringend geraten werden, Einkellerung unverzüglich vorzunehmen.

Anmeldungen auf Eierbriketts wolle man umgehend bei unserer Ausgabestelle Mittelstr. 48 tätigen.

Die Ortskohlenstelle.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 604 bei der offenen Handelsgesellschaft „Schmidt & Gilbstein" in Gevelsberg eingetragen, daß die Gesellschaft aufgelöst und die Firma erloschen ist.

In unser Handelsregister B ist heute unter Nr. 121 die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma „Schmidt & Gilbstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung" mit dem Sitze in Gevelsberg eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. März 1921 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Weiterbetrieb des von der offenen Handelsgesellschaft „Schmidt & Gilbstein" in Gevelsberg betriebenen Geschäfts, nämlich die Herstellung und der Vertrieb von Schrauben, Muttern und gußeisernen in blank und schwarz. Die Gesellschaft kann auch gleichartige oder ähnliche Unternehmungen erwerben, sich an solchen beteiligen wie auch Zweigniederlassungen im In- und Ausland errichten.

Das Stammkapital beträgt 60000 Mark. Zur Deckung ihrer Stammeinlagen bringen die Gesellschafter Fritz Schmidt in Hagen und Edmund Gilbstein in Gevelsberg die sämtlichen Aktiven, ohne Immobilien, und Forderungen der offenen Handelsgesellschaft in die Gesellschaft ein. Von den die Verbindlichkeiten der offenen Handelsgesellschaft um 109 568,68 Mark übersteigenden Forderungen bilden 60000 Mark die Stammeinlage, während der Restbetrag von 49 568,68 Mark von der Gesellschaft als eigene Schuld den früheren Gesellschaftern der offenen Handelsgesellschaft gegenüber übernommen wird.

Die Geschäftsführer sind:

1. Fabrikant Fritz Schmidt in Hagen,
2. Fabrikant Edmund Gilbstein in Gevelsberg.

Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer für sich allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Dem Kaufmann Heinrich Kramer in Gevelsberg ist Einzelprokura erteilt.

Schwelm, den 14. Mai 1921.

Das Amtsgericht.

Versammlung
der Schuhmacher-Zwangsinnung

am Montag, den 6. Juni, abends 7 Uhr, im Restaurant Schimetzer mit der Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes.
2. Beratung der Satzungen.
3. Verschiedenes.

Laut Bekanntmachung des Regierungs-Präsidenten zu Arnsberg gehören der Innung sämtliche Schuhmacher, die das Gewerbe selbständig betreiben, an.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen der Innungs-Mitglieder erwartet.

Der prov. Vorstand.

Echt westfälischen
Pumpernickel
stets frisch zu haben
Rich. Altenhenne, Delikatessengeschäft,
Mittelstr. 93. Mittelstr. 20.

Drucksachen liefert schnell, billig u. sauber Ph. Baltin, Mittelstraße.



Hagen, Hohenzollernsaal, Boelerstr. 5, Haltestelle Linie 7 u. 7a.

Die große Deutsche Volks-Passion.

Aufführung des alten Oberammergauer Passionsspiels unter persönlicher Leitung der Gebr. Zwingacht aus Bayern.

100 Mitwirkende! Massenchöre! 100 Mitwirkende!

auf eigens dazu erbauten Festspielbühne.

Spieltage: 1., 2., 3., 4., 5. und 6. Juni, jeden Abend 7,30 Uhr. Ende 10 Uhr.
Außerdem am 1., 4. und 5. Juni auch nachmittags 2,30 Uhr.
Konzertharmonium: Rolf & Janius, Hofpianofabrik.

Preise ausschl. Billetsteuer 2Mk. 20.—, 15.—, 10.—, 8.— und 6.—. Vorverkauf der Karten Zigarrenhandlung W. Bauer, Altenhagenerbrücke 2, Musikalienhandlung Wettendorf, Elberfelder Str. 16, Buch- und Kunsthandlung Heinrich Thill, Hengstr. 40 und eine Stunde vor Beginn der Festspiele an der Theaterkasse. — Vereine und Schulen erhalten bei vorheriger Anmeldung Preisermäßigung.

Geschäftsstelle der Volkspassion, Hagen, Hohenzollernsaal, Boelerstr. 5.

Deutsche Bank
Depositenkasse
Gevelsberg
Hauptsitz Berlin.

Grundvermögen und Rücklagen 775 Millionen Mark.

Eröffnung von laufenden Rechnungen mit und ohne Credit. / Scheck- und Depositenverkehr. / An- und Verkauf von Wechseln und Schecks auf alle bedeutenderen Plätze des In- und Auslandes. / Einziehung von Wechseln und Verschiffungsdokumenten auf alle überseeischen Plätze von irgendwelcher Bedeutung. / Rembours-Akzept gegen überseeische Warenbezüge. / Vermittlung von Börsengeschäften an in- und ausländischen Börsen. / An- und Verkauf von Devisen. / Bestellung von Akkreditiven. / Einziehung und Annahme von Dokumenten. / Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Uebernahme von Vermögensverwaltungen. / Ausstellung von Kreditbriefen auf sämtliche bedeutenden Plätze des In- und Auslandes.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt einen
Modellschreiner
welcher speziell Erfahrung in der Herstellung von Modellen für Aluminium besitzt.
Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an
Aluminiumwerke Gebr. Honsel
Meschede i. Westf.

Aelteres, sauberes
Mädchen
für Anfang Juni gegen guten Lohn gesucht.
Schillerstraße 19½.

Ein sauberes
Halbtagsmädchen
gesucht.
Frau Heinr. Kuhlmann, Mittelstraße 30

2 Modellschlosser
welche auf Herdplatten gearbeitet haben, sofort gesucht.
Max Albers,
Vogelsang.

Ein tüchtiger
Fabrikdamdecker
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Angebote unter K. 800 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Zu kredj. Mann, m. Reises! Oberlck. u. Handelsschulbild. f. Anfangsstelle im Kontor od. Exportgesch. z. weiteren Ausbild. Angeb. u. Z. 9587 an die Geschäftsst. d. Ztg

Kontoristin
sucht Beschäftigung für die Abendstunden. Angeb. unt. F. D. 319 an die Geschst.

Zur Inlandhaltung meines Gartens suche für wöchentl. einen Nachmittag
geeignete Person,
sowie 14-tägig eine
Waschfrau.
Friedr. Heem. Röggeberg
Hagener Straße 52.

Ich suche für sofort ein tüchtiges
Mädchen
für den Geschäftshaushalt.
Näh. in der Geschäftsst.

Kücheneinrichtung,
neu, natur lackiert, billig zu verkaufen.
Wittener Straße 188 a.

Bettstelle mit Matratze und Unterbett,
gut erhalten, zu verkaufen.
Haßlinghauser Str. 5.

Bettstelle mit Matratze
zu verkaufen. Besichtigung 10—12 Uhr vormittags.
Wo, sagt die Geschäftsst.

Ein Regal
zur Aufbewahrung von Obst und Gemüse, auch für Packstube geeignet, zu verkaufen.
Im Stift 8.

Ziehkarre
zu kaufen gesucht.
Näh. in der Geschäftsst.

Milchschaf
zu verkaufen.
Breddestraße 27.

JCKÖNIG & EBHARDT
GESCHÄFTSBUCH-FABRIKEN
BUCHDRUCK UND LINEATURANSTALT
HANNOVER



Niederlage und Allein-Vertretung
für Gevelsberg und Umgebung
Adolf Strathmann
Inh.: J. Knappe
GEVELSBERG, Mittelstr. 47
Fernsprecher 569.

Sie brauchen keine Waschfrau,



wenn Sie eine Waschmaschine mit Motorantrieb haben. Sie jede Verbindung in Küche, Keller einf. abzuschrauben.
Franz Lohmar
Wittener Str. 1.

Niemals

wird ein Geschäftsmann auf der Höhe bleiben und geschäftlichen Fortschritt bieten können, wenn er nicht die modernen Vertriebsformen in Anwendung bringt. Hierzu gehört eine ständige Fühlung mit dem Publikum. Der Kaufmann muß wissen, was das Publikum will und das Publikum muß wissen, wer der Kaufmann diese Woche anzubieten hat. Am besten geschieht dies durch Inserieren in der „Gevelsberger Zeitung", die einen großen, zahlungsfähigen und kaufkräftigen Leserkreis in allen Schichten der Bevölkerung besitzt.

Kessel	Mk.	2.50
Flanell	„	9.00
Mousseline	„	11.50
Dirndlstoffe	„	18.50
Cheviot, 140 cm breit	„	57.00
Hemden	„	18.00
Unterjacken	„	15.00
Unterröcke (weiß, mit breitem Passen)	„	44.50
Unterhosen	„	14.00
Damenblusen	„	39.00
Damenschürzen	„	36.00
Damenstrümpfe	„	7.75
Korsetts	„	32.50
Kinderhöschen	„	4.50
Socken Mk. 2.90, 5.95, 9.00 sowie		

Haarschmuck, Schirme und Stöcke
empfiehlt in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen.
Paul Ebinghaus,
Haßlinghauser Str.

Erhalte morgen früh:
1 Waggon
Soester Brot,
Schwarzbrot, Semmel, Cassler Brot.
Carl Hahn,
Hagener Straße 45

Bauschule Kastede bei Oldenburg.
Polierkurse u. Vorb. auf die Meisterprüfung in 1 bis 1½ Sem. Progr. M. 2.—.

Wohnungstausch
Schweim—Gevelsberg.
Schöne 3 Zimmer-Wohnung 1. Etage, sofort in ruhigem Hause, Nähe der Bahn, gegen 2½ Zimmer in Schweim, oder 3—4 Zimmer in Gevelsberg zu tauschen gesucht. Angebote unter G. 75 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Wohnungstausch.
Schöne 3 Zimmer-Wohnung mit Gartenland in Schweim, gegen eine gleiche oder 2 Zimmer-Wohnung in Gevelsberg zu tauschen gesucht. Angeb. u. Z. 84 an die Geschäftsstelle.

Wohnungstausch
Letmathe—Oestrich.
3 Zimmer gegen 3 Zimmer in Gevelsberg, Stadtmitte. Wohnungstausch Wittener Straße 16.

Schwarzer Teckel
mit gelbem Abzeichen abhanden gekommen.
Wiederbringer erhält gute Belohnung.
Rudolf Schulte,
Hagener Straße 122.

Reparaturen
an Nähmaschinen u. Fahrrädern werden unter fachk. Leitung schnellstens ausgeführt.
Gebr. Klein, Hagen,
Wehringhauser Str. 1a Tel. 21.

Bad-Nauheim
Hessisches Staatsbad — am Taunus bei Frankfurt am Main — Sommer- und Winter-Kurbetrieb.

Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- und Gelenkrheumatismus, Gicht-, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden.
Sämtliche neuzeitliche Kurmittel.
Vorzügliche Konzerte / Theater / Tennis / Golf / Krocket
Wurftaubenschießstand / Herrl. Park- u. Waldspaziergänge.
Schöner angenehmer Erholungsaufenthalt.
Man fordere die neueste Auskunftschrift B 127 von der Bad- und Kurverwaltung Bad-Nauheim.